

Ohne Ouagadougou

Von Kurt Stenger

Politiker aus Ouagadougou waren zum OECD-Steuertreffen von Gastgeber Peer Steinbrück nicht geladen worden. Mit der Hauptstadt Burkina Fasos hatte der deutsche Finanzminister vor wenigen Monaten Steuerparadiese wie die Schweiz, Luxemburg und Österreich verglichen, um diese abzukanzeln. Jetzt aber schüttet der SPD-Mann ein »großes Kompliment« über sie aus.

Längst hat es sich dort herumgesprochen, dass die Umsetzung der windelweichen OECD-Standards dem heimischen Finanzsektor keinen großen Schaden zufügen wird – zumindest einen deutlich geringeren, als wenn man den bösen Buben abgibt. Und bei der Neuverhandlung zahlloser Doppelbesteuerungsabkommen lässt sich zudem an den Details feilen, in denen bekanntlich der Teufel steckt.

Im OECD-Rahmen wird der Steuerhinterziehung kaum beizukommen sein. Dazu müssten die Finanzoasen zur automatischen Weitergabe steuerrelevanter Informationen angehalten werden. Gleichzeitig müssten die Länder, die den Schaden haben, härter gegen die Täter zuhause vorgehen – vermögende Steuerhinterzieher sowie Banken. Auch hierbei versagt etwa die deutsche Regierung.

Eine weitere gravierende Lücke hat der Prozess im Industrieländerclub OECD. Entwicklungsländer, die besonders unter Kapitalflucht leiden, bleiben außen vor. Die Einladung Burkina Fasos wäre das richtige Signal gewesen.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/151055.ohne-ouagadougou.html>

Steuroasen ziehen sich »weiße Westen« an

OECD-Staaten sehen Fortschritte und drohen mit Sanktionen / Steinbrück verteilt Kompliment

Von Kurt Stenger

Es geht voran bei den internationalen Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung. Dieses Signal sandten Finanzminister aus 20 OECD-Staaten nach Abschluss eines Treffens am Dienstag in Berlin aus. Darunter waren wichtige Steuerparadiese wie die Schweiz, Luxemburg und Österreich.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), der in den letzten Monaten mehrmals mit Verbalattacken gegen einige europäische Steuroasen für Wirbel sorgte, sprach bei einem Treffen in Berlin diesen jetzt ein »großes Kompliment« aus. Und auch OECD-Generalsekretär Angel Gurría begrüßte die »Fortschritte bei der Durchsetzung internationaler Transparenzstandards«. Bei dem

Treffen wurde auch ein Katalog möglicher Strafen für unkooperative Länder erarbeitet. Dazu könnte zählen, dass in Steueroasen ansässige Firmen ihre Ausgaben nicht mehr von der Steuer abziehen dürfen. Oder aber die Quellensteuer für Zinseinkünfte von Ausländern werde angehoben. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) berichtete bei dem Treffen, dass sich seit dem G20-Finanzgipfel Anfang April 40 weitere Staaten bereit erklärt hätten, die OECD-Standards zum Austausch von Informationen bei Steuerfragen einhalten zu wollen. Insgesamt seien es damit 84. Relevante Daten müssen nach den Standards herausgegeben werden, wenn die Heimatbehörden des mutmaßlichen Steuerhinterziehers einen »begründeten Verdacht« im Einzelfall nachweisen können.

Länder wie die Schweiz hatten selbst diese moderaten Vorgaben lange mit Verweis auf Freiheitsrechte und das Bankgeheimnis abgelehnt. Ein milliardenschweres Verfahren der US-Justiz gegen die Züricher Großbank UBS und politischer Druck von den G20-Regierungen haben mittlerweile für ein Einlenken auf breiter Fläche gesorgt. Das von Steinbrück und Frankreichs Haushaltsminister Eric Woerth organisierte Treffen in Berlin war dazu gedacht, den Staaten bei der Umsetzung ihrer Ankündigungen auf die Finger zu sehen. Viele Steueroasen versuchen längst, von der »grauen Liste« der OECD herunterzukommen, welche die Staaten umfasst, die sich zwar kooperationswillig geben, dies aber noch unter Beweis stellen müssen. Voraussetzung für eine »weiße Weste« ist die Vorlage von insgesamt zwölf neuen bilateralen Steuerabkommen nach OECD-Muster bis Ende dieses Jahres.

Aus diesem Grunde ist rege Diplomatie ausgebrochen. Allein die Schweiz hat in den letzten Wochen sechs solcher Abkommen ausgehandelt, unter anderem mit Frankreich und den USA. Am Montag hatte Finanzminister Hans-Rudolf Merz bei einem Abendessen mit Steinbrück die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland vereinbart. Merz betonte, er erwarte nun von beiden Seiten eine »neue Art und Tonalität der Auseinandersetzung« und hoffe auf eine künftig »sachliche Zusammenarbeit«. Die Verhandlungen mit Deutschland sollten zügig vorangetrieben werden. Deutschland hat ein solches Abkommen mit Belgien geschlossen. Mit Österreich, Luxemburg und Liechtenstein laufen Verhandlungen.

Insbesondere Nichtregierungsorganisationen wie das »Tax Justice Network«, nach deren Schätzung 11,5 Billionen Dollar in Oasen angelegt sind, bezweifeln den Wert der OECD-Standards. Es sei nur in Ausnahmefällen möglich, einen begründeten Verdacht mit Angabe von Namen und Kontonummer belegen zu können. Außerdem bleiben die Steuertricks von multinationalen Konzernen ebenso aus dem Blick wie »innovative« Finanzprodukte sowie Stiftungen und Trusts.

Die Deutsche Steuergewerkschaft will Steinbrück beim Wort nehmen und forderte sofort 1000 neue Steuerfahnder. Der vereinbarte bessere Informationsaustausch bei Steuerhinterziehung führe zu steigenden Verdachtsfällen, die von den Behörden bearbeitet werden müssten.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/151052.steueroasen-ziehen-sich-weisse-westen-an.html>